

Sitzungsdauer	17.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Vorsitz	Cécile Mounoud, Präsidentin
Protokoll	Philipp Meier, Sekretär-Stv.
Stimmenzähler	Nadine Burtscher Rosmarie Joss Catalina Wolf-Miranda
Anwesend	33 Mitglieder
Abwesend	Karin Dopler Raphael Müller Esther Wyss-Tödtli
Behördenvertreter	Otto Müller, Stadtpräsident Jean-Pierre Balbiani, Vizepräsident Roger Bachmann, Stadtrat Roger Brunner, Stadtrat Heinz Illi, Stadtrat Rolf Schaeren, Stadtrat Esther Tonini, Stadträtin
Weibeldienst	Gfr Florian Stutz

Mitteilungen

- a) Peter M. Wettler hat am 2. Juni 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Abflugbewegungen über Dietikon eingereicht.
- b) Peter M. Wettler hat am 21. Mai 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Wert des Grundstückes Kat.-Nr. 6986 eingereicht.
- c) Peter M. Wettler hat am 21. Mai 2015 eine Kleine Anfrage betreffend beschädigte Ahorn-Bäume entlang der Überbauung Trio eingereicht.
- d) Max Wiederkehr hat am 15. Juni 2015 eine Kleine Anfrage betreffend Motorradparkplätze in Dietikon eingereicht.
- e) Der Stadtrat hat die Interpellation von Werner Hogg betreffend Lehrschwimmbad Luberzen am 29. Juni 2015 beantwortet.
- f) Der Stadtrat hat die Interpellation von Manuel Peer betreffend Privater Gestaltungsplan Sonnenhof am 29. Juni 2015 beantwortet.
- g) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 3. September 2015 statt.
- h) Der Gemeinderatsausflug findet am 5. September 2015 statt. Eine entsprechende schriftliche Einladung folgt.

Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 4. Juni 2015 wird genehmigt.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

V4.03.01 Konstituierung und Wahlen Gemeinderat

30-2015

Ersatzwahl Stimmenzähler

Für die Ersatzwahl eines Stimmenzählers und Mitglied des Büros des Gemeinderates als Nachfolger für die zurückgetretene Catalina Wolf schlägt Stephan Wittwer namens der Interfraktionellen Konferenz vor:

Hess Beat, Vorstadtrasse 27, 8953 Dietikon

Grüne (neu)

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt die Vorsitzende den Vorgeschlagenen als gewählt.

Der Gemeinderat beschliesst:

Als Stimmenzähler für den Rest der Amtsdauer 2015/2016 wird gewählt:

Hess Beat, Vorstadtrasse 27, 8953 Dietikon

Grüne (neu)

Rechtsmittel:

Gegen die Gültigkeit dieser Wahl kann gemäss § 151a Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon Rekurs eingereicht

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Beat Hess, Vorstadtstrasse 27, 8953 Dietikon
- Catalina Wolf-Miranda, Untere Reppischstrasse 9, Dietikon;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

V4.03.01 Konstituierung und Wahlen Gemeinderat

31-2015

Ersatzwahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission

Für die Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK für den zurückgetretenen Gemeinderat Samuel Spahn für den Rest der Amtsdauer 2014/2018 schlägt Stephan Wittwer namens der Interfraktionellen Konferenz vor:

Catalina Wolf-Miranda, untere Reppischstrasse 9, 8953 Dietikon Grüne

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt die Vorsitzende den Vorgeschlagenen als gewählt.

Der Gemeinderat beschliesst:

Als Mitglied der GPK für den Rest der Amtsdauer 2014/2018 wird gewählt:

Catalina Wolf-Miranda, untere Reppischstrasse 9, 8953 Dietikon Grüne

Rechtsmittel:

Gegen die Gültigkeit dieser Wahl kann gemäss § 151a Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon Rekurs eingereicht

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Samuel Spahn, Spreitenbacherstrasse 35, 8953 Dietikon;
- Catalina Wolf-Miranda, untere Reppischstrasse 9, 8953 Dietikon
- Präsidentin GPK;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

V4.04 Verwaltung und Organisation

32-2015

Genehmigung Geschäftsbericht 2014

Referentin: Catherine Peer, Präsidentin GPK

Aus dem vorliegenden Geschäftsbericht 2014 ist ersichtlich, wie die Stadtverwaltung im vergangenen Jahr gearbeitet hat und was alles erreicht wurde. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich dieses Jahr im Mai und im Juni an sechs Sitzungen getroffen, um den Geschäftsbericht zu beraten. Dabei wurden alle Abteilungen überprüft. Drei davon wurden speziell ausgewählt, um diese genauer zu durchleuchten. Dabei handelte es sich um die Sozialabteilung in Bezug auf die Umsetzung der Kompetenzordnung, die Personalsituation und die Zusammenarbeit mit der KESB. Die Präsidialabteilung mit dem Betriebsamt und der Abteilung Jugend und Freizeit bildete einen zweiten Schwerpunkt. In der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung erfuhr die Geschäftsprüfungskommission mehr über die Zivilschutzanlage Wolfsmatt und die Organisation des Zivilschutzes.

Alle Ressortvorstehenden haben auch in diesem Jahr kompetent Auskunft zu den gestellten Fragen erteilt. Die Tätigkeiten wurden mit ausführlichen PowerPoint-Präsentationen erläutert, weshalb zum Teil Zeit für die Fragenbeantwortung fehlte.

Die GPK-Präsidentin dankt dem Stadtrat, allen Mitarbeitenden der Verwaltung und dem Sekretär der GPK für die geleistete Arbeit.

Die GPK hat einstimmig beschlossen, den Geschäftsbericht dem Gemeinderat zur Abnahme zu empfehlen.

Nächstes Jahr möchte die GPK die Kontrolle des Geschäftsberichts ausführlicher beraten, was etwas mehr Zeit beanspruchen wird. Dadurch wird dieser erst nach den Sommerferien im Gemeinderat verabschiedet werden können.

Fraktionserklärung SP

In diesem Jahr lautete der Grundtenor "sparen". Hauptsächlich die Finanzen haben zu reden gegeben und die Haushaltsoptimierung wurde gelobt. Es wird gespart um jeden Preis, koste es was es wolle. Wer oder was dabei auf der Strecke bleibt, interessiert niemanden, da der Sparauftrag erfüllt war.

Wenn der Erfolg einer Stadtverwaltung nur noch am eingesparten Geld gemessen wird, dann ist dies falsch. Die Stabilität und der Erfolg der Gesellschaft und damit der Stadt hängen auch vom Service Public ab. Wenn der Staat geschwächt und soziale Unruhen geschaffen werden, indem auf Kosten der Armen, der Alten und den Benachteiligten gespart wird, dann nimmt das kein gutes Ende.

Damit die Zukunft gestalten werden kann, muss auch Geld in die Stadt, in die Infrastruktur und in die Bildung, also in den Service Public, investiert werden. Finanzvorstand Rolf Schaeren hat ebenfalls gesagt, dass zusätzliches sparen nichts nützt.

Merkwürdig mutet an, dass die Stadt das Parkbussenverteilen an eine private Firma auslagert. Das generiert einerseits zwar mehr Einnahmen, aber andererseits beklagt man sich, dass man beim Falschparkieren eine Busse bezahlen müsse. Das zeigt auf, dass der Horizont beim eigenen Portmonee schon aufhört.

Trotz allem wird die SP dem Geschäftsbericht zustimmen, auch wenn sie nicht immer mit allem einverstanden ist.

Diskussion

Martin Müller (DP) erklärt, dass es für ihn erwähnenswert sei, dass das im letzten Wahlkampf angekündigte Haushaltsoptimierungsprogramm im Geschäftsbericht nur gerade ein einziges Mal auftaucht. Bei der Schule ist lediglich erwähnt, dass man die Gesamtlehrerschaft entsprechend orientiert habe. Aufgrund der Aktualität des Themas interessiert es zu wissen, wie der aktuelle Stand ist und was man bereits alles unternommen hat. Aber die fast gänzliche Abwesenheit dieses Themas im Geschäftsbericht lässt die Vorahnung zur Gewissheit werden, dass es sich bei dieser Haushaltsoptimierung lediglich um Wahlkampfretorik handelt.

Er dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit an diesem Geschäftsbericht. Es scheint, dass die letztjährige Kritik gefruchtet hat, denn die diesjährige Ausgabe kommt sachlicher, sprachlich nüchterner und damit kompetenter daher.

Präsidialabteilung

Sven Johannsen (GLP) erklärt, dass die Geschäftsprüfungskommission die Gelegenheit hatte, die Aktivitäten der Präsidialabteilung mit dem Stadtpräsidenten Otto Müller, der Stadtschreiberin, Dr. Karin Hauser, dem Leiter Jugend & Freizeit, Armin Strässle, und dem Leiter des Stadtammann- und Betreibungsamtes, Thomas Winkler, zu durchleuchten.

Die Präsidialabteilung stellt, gemessen an den im Stadtrat behandelten Geschäften und an der Anzahl Seiten im Geschäftsbericht, die grösste Abteilung dar. Der Stadtpräsident hat die Tätigkeitsschwerpunkte der Präsidialabteilung während des Geschäftsjahres 2014 zusammengefasst. Unter anderem waren dies die Erarbeitung des Legislaturprogrammes des Stadtrats, das Masterplanverfahren Limmattalbahn, die Erarbeitung von Grundlagen für ein Massnahmenpaket zur Gestaltung des Zentrums, die Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts, die Erstellung eines Leitfadens zum Thema "Natur im Siedlungsraum" und die Überarbeitung des Jugendleitbilds.

Bei dieser Aufzählung fällt auf, wie viele Synonyme die Deutsche Sprache mittlerweile für "Vorbereitung und Zielsetzung" kennt. Der Stadtpräsident erklärte dazu sinngemäss, dass Leitbilder und Konzepte zu zielgerichteter Regierungstätigkeit führen. Daher ist er zuversichtlich, dass man in zukünftigen Geschäftsberichten ebenso viele Synonyme für Ausführung und Zielerreichung vorfinden werden.

Aus Sicht von Sven Johannsen konnten spezifische Fragen der GPK von den Behördenvertretern kompetent beantwortet werden, etwa zu den Kosten der Standortförderung, zur Gebietsentwicklung Silbern, zum Wirtschaftsrat, zur Finanzierung der Integrationsarbeit, zur Arbeit des Integrationsforums. Einzig die Frage nach der Verkaufspreisgestaltung "Alter Bären" sorgte für etwas Verwirrung, da Präsidial- und Hochbauabteilung unterschiedliche Aussagen machten, welche Stellen direkt involviert waren.

Zu den weiteren geprüften Bereichen kann summarisch Folgendes festgehalten werden: Die Stadt Dietikon hat mit den Jugendlichen gemäss Angaben der Jugendinterventionsstelle der Kantonspolizei Zürich keine anderen oder grösseren Probleme als vergleichbare Gemeinden. Weiter stiess der Jugendwettbewerb kaum auf Interesse, trotz breiter Kommunikation. Im Stadtammann- und Betreibungsamt besteht ein Mangel an Personal aufgrund von vakanten Stellen. Zudem ist eine stetige Zunahme an Aktivitäten über die vergangenen 10 Jahre zu verzeichnen.

Fraktionserklärung GLP/EVP

Die EVP/GLP-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2014 einstimmig genehmigen.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Diskussion

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass er die Gelegenheit zur Rückmeldung zum Regierungsprogramm des Stadtrates an dieser Stelle nutzen möchte. Der Geschäftsbericht ist grundsätzlich ein Rechenschaftsbericht zu den gesetzten Zielen. Der Gemeinderat hat am 27. Oktober 2014 das Regierungsprogramm erhalten. Der Stadtrat hat zu dessen Erarbeitung eine Klausurtagung durchgeführt. Darin hat der Teil der Schulabteilung gefehlt, welcher danach erst komplettiert und separat zugestellt wurde. Ziele sollten messbar, realistisch, akzeptiert und terminiert sein. Sie sollen so formuliert sein, dass sie verständlich sind. Es gibt nur wenig messbare Ziele. Viele Begriffe sind nicht nachvollziehbar. Lucas Neff regt an, das Regierungsprogramm in einer geeigneteren Form darzustellen. Man hat die breite Masse mit der vorliegenden Version nicht erreicht.

Martin Müller (DP) hat eine Frage zu Seite 43. Weshalb wurde eine Person altershalber entlassen?

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass diese Stelle unglücklich formuliert ist. Es betrifft eine 70jährige Person, welche die städtischen Brunnen gereinigt hat. Diese Person ist bereits seit langem im Ruhestand, hat aber immer noch Einsätze für die Stadt getätigt.

Hochbauabteilung

Gabriele Olivieri (CVP) erklärt, dass Esther Tonini, Hochbauvorsteherin, und Peter Baumgartner, Leiter Hochbauabteilung, die GPK umfassend über die letztjährigen Tätigkeiten der Hochbauabteilung informiert haben und ihnen ein Ausblick über die laufenden Projekte gaben. Sie präsentierten ihren Fachbereich anhand einer PowerPoint-Präsentation. Sie zeigten ihnen die Organisation der Hochbauabteilung, insbesondere wie die Baugesuche gehandhabt werden, welche Bauverfahren für welche Vorhaben zum Zuge kommen, welche Dienstleistungen von Dritten (SWR) beansprucht werden und wer für was im jeweiligen Verfahrensablauf zuständig ist. Für die Reklameanlagen sowie für die Denkmalpflege wurden die Grundlagen, Zuständigkeiten sowie der Ablauf aufgezeigt. Über einige Themen wurde vertieft diskutiert. Der "Alte Bären" war auch in der GPK ein Diskussionsthema. Die Hochbauabteilung hat eine Schätzung des "Alten Bären" erarbeitet, es wurde keine externe Schätzung eingeholt. Es sei schwierig, bei einem denkmalgeschützten Gebäude eine solche Bewertung vorzunehmen. Neben den gängigen Bewertungskriterien müssen zusätzliche Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Auf Wunsch der Liegenschaftenverwaltung wurden vor dem Restaurant Krone Parkfelder markiert. Der Bedarf für Parkplätze ist ausgewiesen, da die Gäste die Parkplätze in der Tiefgarage nicht benutzen. Dabei handelt es sich um eine Übergangslösung, bis die Liegenschaft Zehntenscheune / Alter Bären renoviert ist.

Die GPK wurde über den Stand der Pendenzen der offenen Bauabrechnungen orientiert. Die Bauabrechnung betreffend Liegenschaft Krone ist weit fortgeschritten. Leider hat es aufgrund von Stellenwechseln Verzögerungen gegeben. Die Abrechnung betreffend Ruggacker muss zeitlich vorgezogen werden. Allerdings sind dort noch Garantiewerke zu erledigen. Zusätzlich erschwert das Konkursverfahren eines Unternehmers die Abrechnung.

Die Hochbauabteilung klagt seit Jahren, dass aufgrund der personellen Unterdotierung einiges liegen bleibt. Im Jahr 2014 ergab sich zudem eine längere Vakanz bei der Stelle des Bausekretärs. Eine Assistenzstelle im Umfang von 50 % konnte erst im Herbst besetzt werden. Derzeit ergibt sich erneut eine Vakanz in der Projektleitung. Dabei ist festzuhalten, dass die personelle Unterdotierung auch ein Resultat aus den Sparrunden ist. Die GPK bittet den Stadtrat, der Hochbauabteilung die notwendigen Stellen zu bewilligen. Es kann nicht sein, dass vorgesehene Investitionen wegen Mangel an Personal nicht getätigt werden.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Diskussion

Martin Müller (DP) hat eine Frage zu Seite 91 (Liegenschaften / Schulraumplanung). Für die Schulraumplanung wurde eine externe Firma beauftragt. Handelt es sich dabei um die gleiche Firma, welche den Stadtrat bereits betreffend dem Limmatschulhaus beraten hat?

Hochbauvorsteherin Esther Tonini erklärt, dass es sich dabei um die Firma Wüst und Partner handelt. Diese Firma hat den Stadtrat auch im Limmatfeld beraten und stets betont, dass es dort ein Schulhaus brauche, was in die Planung miteinfluss. Die Stadt hat damals jedoch aus finanziellen Gründen kein Land im Limmatfeld sichern können.

Infrastrukturabteilung

Markus Erni (SVP) erklärt, dass mit der Infrastrukturabteilung eine grosse Delegation in der GPK begrüssen werden konnte. Die Delegation hat die GPK über das vergangene Jahr informiert. Es sei ein turbulentes Jahr gewesen, angefangen mit dem Abgang des Leiters Werkhof. Dank dem Einsatz von Arthur Huber, Leiter der Infrastrukturabteilung, welcher bis Ende September arbeitete, konnte diese schwierige Zeit überbrückt werden. Zudem wurden durch den Mehreinsatz des Stellvertreters und der Bereichsverantwortlichen die Aufgaben gemeistert. An dieser Stelle erfolgt ein Dank an das gesamte Team der Infrastrukturabteilung.

Die Umstrukturierung im Jahr 2014 hat sich gelohnt. Man profitiert nun davon, dass die gesamte Abteilung im Werkhof integriert ist. Zudem wurde ein Teil der Budgetverantwortung an die Bereichsleitenden abgegeben.

Geklärt wurde unter anderem auch die Frage, wie die Stadt im Falle einer Vergiftung des Trinkwassers in einem Reservoir umgehen würde. Die Verantwortlichen erklärten, dass das Wasser laufend überprüft werde. Zudem seien die Anlagen gegen unberechtigten Zutritt gesichert. Dietikon macht zudem an eidgenössischen Studien mit. Das Dietiker Wasser wird laufend auf über 30 Werte geprüft. Dietikon hat eine gute Wasserqualität.

Diskussion

Martin Müller (DP) erklärt, dass die Abwasserbeseitigung in den vergangenen Jahren jeweils mit Verlust abgeschlossen hat. Er fragt sich, welche Strategie hierbei verfolgt wird.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner erklärt, dass man früher negative Betriebsergebnisse in der Wasserversorgung hatte. Um das auszugleichen, hat man den Wasserzins angehoben und den Abwasserzins gesenkt. Am Schluss war das immer eine Nullrechnung und für den Endverbraucher kostenneutral. In der Wasserversorgung wird seit Jahren ein operativer Verlust in der Höhe von ca. 1 Mio. Franken erwirtschaftet. Dank den Gebühren in den vergangenen Jahren (Anschlussgebühren) konnte aber teilweise ein Gewinn ausgewiesen werden. Die Gebühreneinnahmen der Grossbauten sind nun aber vorbei. Die grossen Bauvorhaben sind realisiert und die Revision der Siedlungsentwässerungsverordnung SEVO steht an.

Beim Abwasser muss in den nächsten 2 - 3 Jahren mit Gebührenerhöhungen gerechnet werden. Derzeit hat man noch eine kleine Reserve, jedoch wird diese bald aufgebraucht sein und eine Anhebung notwendig werden lassen.

Finanzabteilung

Ernst Joss (AL) erklärt, dass die finanzielle Situation der Stadt Dietikon ein wichtiges Thema in der GPK war. Die Rechnung hat rund 9 Mio. Franken besser abgeschlossen als veranschlagt, das Geld ging aber direkt zurück an den Kanton. Man hat in der GPK auch in die Zukunft geschaut. Soll man

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

beim Übergangsausgleich bleiben, was einen Steuerfuss in der Höhe des 1.35fachen des kantonalen Mittels bedeutet oder soll die Stadt in Richtung individuellen Sonderlastenausgleich tendieren, was einen Steuerfuss in der Höhe des 1.25fachen des kantonalen Mittels zur Folge hat? Darüber wird in der nächsten Zeit noch diskutiert.

Auch das Altersleitbild war ein Thema wie auch das Spital Limmattal mit einem Bauvolumen in der Höhe von 230 Mio. Franken. Es stellten sich viele Detailfragen anlässlich der GPK-Sitzung zur Finanzabteilung.

Bei den juristischen Personen hat man sehr grosse Schwankungen bei den Steuereinnahmen festgestellt. Die Steuereinnahmen von juristischen Personen betragen in Dietikon rund 30 %. Es wurde die Frage gestellt, wieso man nicht mehr Investitionen geplant und durchgeführt hat, da das Geld derzeit günstig zu beschaffen wäre, so z.B. für einen Schulhausbau. Dabei ist aber zu beachten, dass der Kanton bei Investitionen mitredet, wenn Übergangsausgleich bezogen wird.

Sicherheit und Gesundheitsabteilung

Peter M. Wettler (parteilos) erklärt, dass die GPK im Rahmen der Prüfung des Geschäftsberichtes die Zivilschutzanlage Wolfsmatt besucht hat. Die Anlage wurde ihnen von Materialwart Heinrich Lips sachkundig erklärt. Sie ist 1987 erbaut worden und bietet Platz für 132 Personen. Sie ist vorgesehen für Evakuierungsfälle bei Katastrophen, etwa bei einem Flugzeugabsturz, der Entgleisung eines Kerosin-Güterzugs oder wenn ein Kran auf ein Mehrfamilienhaus stürzt. Anschlussgemeinden sind Bergdietikon, Oetwil und Geroldswil, welche sich gemäss Bevölkerungsanteil an den Kosten beteiligen.

Stadtrat Heinz Illi und Thomas Winkelmann, Leiter der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung, haben mit einer PowerPoint-Präsentation aufgezeigt, wo die Schwerpunkte im Bevölkerungsschutz – das sind namentlich die Blaulichttruppen sowie der Zivilschutz und der technische Betrieb - gesetzt werden. Die rasche Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes ist beeindruckend. Dieser wirkt unter anderem unterstützend, etwa wenn der Norovirus im Alters- und Gesundheitszentrum grassiert.

Die Sicherheits- und Gesundheitsabteilung hat weit gefächerte Aufgaben - von der Sauberkeit der Stadt über die Parkplatzbewirtschaftung, die Einwohner-, Geschwindigkeits-, Lebensmittel- und Beizenkontrolle, Beratung für Gesundheitsprävention sowie Unfallverhütung, die Feuerwehr bis hin zum Schiesswesen, den Bädern, dem Friedhof, dem Eisfeld auf dem Rapidplatz und den Schlauchboten auf der Limmat. Auch das Abfallwesen und das Stadtrichteramt sind in der Abteilung von Heinz Illi zu Hause. Bemerkenswert ist, dass sich die Einnahmen aus Ordnungsbussen und Strafbefehlen auf eine knappe Million Franken belaufen. Es gibt zu denken, dass es zu so vielen Gesetzesübertretungen kommt.

Anlässlich der Beratung des Geschäftsberichtes hat die GPK erfahren, dass Standaktionen für gemeinnützige, kulturelle, politische und religiöse Zwecke gebührenfrei aber bewilligungspflichtig sind. Gute Erfahrungen seien mit den sip-Patrouillen (Sicherheit, Intervention, Prävention) gemacht worden. Sparsamkeit ist auf dem Friedhof angesagt: Anstelle von Tafeln an einer Wand, werden jetzt kostengünstigere Bodentafeln gelegt. Dass im Jahr 2014 583 Ausländerinnen und Ausländer nach Dietikon gezogen sind, darunter allein 109 Deutsche, könne nur schwer erklärt werden, sei aber vor allem mit dem Familiennachzug zu begründen. Der Umstand, dass kosovarische Staatsangehörige nicht gesondert aufgeführt werden, lasse sich damit erklären, dass viele einen jugoslawischen Pass hätten.

Regelmässiges nächtliches Dauerparkieren ist bewilligungspflichtig, wobei Ausnahmen diese Regel bestätigen. Die Kosten für die Parkplätzeweisungen durch Outsec und Alphaplan, die rund um die Stadthalle tätig sind, belaufen sich auf rund Fr. 60'000.00.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Peter M. Wettler möchte den Mitarbeitenden der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung, die überwiegend für die Einwohnerinnen und Einwohner Dietikons tätig sind, für ihre Arbeit im Dienst der Allgemeinheit namens der GPK herzlich danken.

Diskussion

Martin Müller (DP) hat eine Frage zur Seite 134. Die Stadtpolizei war 666-mal im Einsatz bei der Station Glanzenberg. Das ist rund zweimal pro Tag, obwohl es dort zu keinen besonderen Vorkommnissen kam. Könnte die Polizei nicht effizienter eingesetzt werden, da offensichtlich keine Notwendigkeit für diese Einsätze besteht?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi erklärt, dass man nicht nur eine Tätigkeit herauspicken kann. Es hat seinen Grund weshalb man bei der Station Glanzenberg Präsenz markiert. Dadurch hat man eine Beruhigung der Situation bei der Station herbeigeführt. Es wird ordentlicher parkiert, es hat keine Gruppierungen mehr, die am Bahnhof herumlungern. Wie am Bahnhof Dietikon wird hier Präsenz markiert.

Martin Müller (DP) erklärt, dass die Feuerwehr keine Wespen mehr bekämpfe. Das ist ein Leistungsabbau. Es ist richtig, dass Private das genauso gut wie die Feuerwehr können. Quer in der Landschaft zu diesem Leistungsabbau steht jedoch, dass man die Steuern erhöht.

Sozialabteilung

Anton Felber (SVP) erklärt, dass Sozialvorstand Roger Bachmann und Liliane Blurtschi, Leiterin Sozialabteilung, der GPK zu deren Fragen Antworten liefern konnten. An dieser Stelle möchte er den beiden und dem ganzen Team der Sozialabteilung für ihre Arbeit, welche sehr kräftezehrend und aufreibend ist, danken. Dies sieht man auch an der Personal-Fluktuation. Heute sind nicht mehr alle Leute gewillt, auch unpopuläre Entscheide durchzusetzen oder sie brauchen die kommunalen Sozialdienste als Sprungbrett für die weitere berufliche Entwicklung. Sozialvorstand Roger Bachmann stellte anhand einer sehr interessant gestalteten Präsentation die Themenschwerpunkte des Geschäftsberichtes vor und nahm Bezug auf die von der GPK definierten Fragen. Dabei ging es unter anderem um die Änderung des Aufnahmeverfahrens Intake (Anlaufstelle für Sozialhilfe), die Stärkung der Fallkontrolle und die konsequente Sanktionierung, die Verfolgung von Rechtsmissbrauch wie Wuchermieten, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit / Lobbyarbeit, die Mitgliedschaft im SKOS-Vorstand, das Vizepräsidium der Sozialkonferenz des Kantons Zürich, die Optimierung der internen Prozesse und Strukturen, die Umsetzung der Kompetenzordnung und um den Aufbau der Fachstelle für Arbeitsintegration, welche ab dem 1. Juni 2015 umgesetzt wurde. Die Personalsituation im Sozialsekretariat / Mandatszentrum / Zusatzleistungen; die Zusammenarbeit mit externen Stellen sowie mit der KESB und dem kjz waren weitere Themen.

Es ist gut, dass bei der Arbeitsintegration etwas geht. Die neue Fachstelle wurde geschaffen, da die Arbeitsintegration für die Sozialarbeitenden zu einem unübersichtlichen Dschungel geworden ist. Die Sozialarbeitenden benötigen Unterstützung von Fachleuten, um die Klienten zielführend in den Arbeitsmarkt zurückzuführen. Interne Angebote wurden nun zu einer Fachstelle Arbeitsintegration zusammengeführt. Es gilt, in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Ansprechpartnern, optimale Lösungen für die Klienten in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Wichtiger Partner ist vor allem das RAV. Die Fachstelle macht die Triage und übernimmt die Steuerung. Ziel ist es, einen effizienten und wirkungsvollen Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Klienten zu schaffen, die noch arbeitsfähig sind oder über Potenzial verfügen. Klienten müssen möglichst schnell abgelöst und zurückgeführt werden. Dabei können die Klientinnen und Klienten finanziell wieder unabhängig agieren und die Sozialhilfekosten werden gesenkt.

Ein Thema ist auch der Frauenanteil der Mitarbeitenden in der Sozialabteilung. Dieser ist sehr hoch, da es nur wenige Männer gibt, welche sich für diesen Beruf entscheiden. Es wird die Meinung vertreten, dass es besser wäre, ein paar Männer mehr im Team zu haben. Dies würde das Arbeitsklima

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

verbessern, da es sehr viele Klienten gibt, welche die Entscheide eines Mannes besser akzeptieren können.

Die Kürzungen der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe erweist sich als schwierig. Dies hat zur Folge, dass es seit der Verschärfung der Praxis mehr Einsprachen oder richterliche Beurteilungen gibt, welche leider teilweise zu Ungunsten der Stadt Dietikon entschieden werden. Deshalb wird zum Teil darauf verzichtet, was aber ein falsches Zeichen setzt. Schön ist, dass die Fallkosten im Jahr 2014 gesenkt werden konnten. Schade ist, dass die Kosten für die Einspruchsverfahren in die Höhe gingen.

Die SVP-Fraktion stimmt für die Annahme des Geschäftsberichts.

Diskussion

Martin Müller (DP) bemerkt, dass gegen Entscheide der Sozialabteilung beim Bezirksrat Dietikon etliche Rekurse eingingen. 27 wurden durch diesen entschieden, wovon acht vollumfänglich zugunsten der Rekurrenten, was gut 1/3 aller weitergezogenen Entscheide entspricht. Weiter wird ausgeführt, dass drei Rekurrenten den Entscheid an das Verwaltungsgericht weitergezogen haben. Hier stellt sich die Frage, wieso die Stadt ihrerseits keinen Entscheid weitergezogen hat. Das erweckt den Anschein, dass man klein bei gibt.

Sozialvorstand Roger Bachmann erklärt, dass es letztlich immer eine Abwägung von Kosten und Nutzen ist. Lohnen sich die Verfahrenskosten für einen Weiterzug? Wie hoch ist das Prozessrisiko? Natürlich kann man die Haltung haben, jeden Fall weiterzuziehen. Aber im Sinne des haushälterischen Umganges mit Steuergeldern ist jeweils eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen. Das ist der Grund, warum nicht jeder Fall bis zum Ende weitergezogen wird. Die Sozialabteilung wird aber inskünftig nicht jedes Urteil der ersten Instanz hinnehmen. Beispiele anderer Gemeinden zeigen, dass sich ein Weiterzug auch lohnen kann.

Schulabteilung

Werner Hogg (FDP) erklärt, dass die GPK Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani und Dr. Gerold Schoch, Leiter Schulabteilung, zur Beratung des Geschäftsberichtes begrüßen durfte. Das wichtigste Anliegen der Schule ist es, die Jugend auf die Zukunft vorzubereiten. Wie das erreicht werden soll, steht unter anderem in den Legislaturzielen 2014 - 2018. Diese wurden den Gemeinderäten verteilt. Für die Schulpflege ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Schule als Ganzes auftritt, aber jede Schuleinheit auch über ein eigenes Profil verfügt. Eine Schule ohne Kreativität lebt nicht. Das Projekt "Schulerfolg ist kein Zufall" gehört zu den Highlights des letzten Jahres. Die Schule hat sich zum Ziel gesetzt, die Eltern zwei Jahre vor dem Kindergarten-Eintritt zu einem verbindlichen Elternabend einzuladen.

Im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichtes konnten diverse Fragen geklärt und Themen vertieft werden.

Es existieren Weiterbildungsanlässe für alle Schulpflegerinnen und Schulpfleger. Neue Mitglieder besuchen einen obligatorischen zweitägigen Einführungskurs, der von der Bildungsdirektion angeboten wird. Es geht vor allem darum, dass die Mitarbeiterbeurteilungen kompetent durchgeführt werden können. Beim Konzept "Plafonierung Sonderschulung", das wegen den knappen finanziellen Mitteln der Stadt wichtig ist, ist man nicht weitergekommen. Seit dem 1. Mai ist aber eine zusätzliche Stelle besetzt und bis Ende Jahr soll ein Konzept vorliegen. Ziel ist es, dass man mit den bestehenden Kapazitäten auskommt und dass trotzdem alle Schülerinnen und Schüler, welche Unterstützung benötigen, diese auch bekommen. Die Zusammenarbeit mit der KESB gestaltet sich weiterhin schwierig. Die KESB müsste vermehrt informieren. Stattdessen wird die Schule oft ans Kinder- und Jugendhilfzentrum verwiesen. Da besteht Handlungsbedarf.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Für die Schulsozialarbeit sind insgesamt 290 Stellenprozente bewilligt. Diese Ressourcen werden im Rahmen der Möglichkeiten optimal eingesetzt. Es müssen aber Prioritäten festgelegt werden. Das vorhandene Konzept kann realisiert werden, weil die Mitarbeitenden gute Arbeit leisten.

Eine brisante Sache ist die neue eingeführte Ausschüttung von Einmalzulagen an Lehrpersonen, die sich in der Schule besondere Dienste erworben haben. Das System wird von vielen Schulen kritisch betrachtet. Gegen diese Einführung hat man sich gewehrt. Trotzdem gelten die Vorschriften des Volksschulamtes und müssen umgesetzt werden. Die Schule Dietikon hat ein Konzept erstellt, wer Lehrpersonen nominieren kann, wie dieses Verfahren abläuft und welche Beträge gesprochen werden können. Die Einmalzulagen sollen nicht im Giesskannen-Prinzip verteilt, sondern als Steuerungs- und Führungsinstrument genutzt werden. Die erstmalige Ausschüttung hat positive Reaktionen hervorgerufen. Spannend wäre es, bei den Lehrpersonen direkt deren Meinung abzuholen.

An der Schule Dietikon werden pro Jahr ca. 210'000 Lektionen erteilt. Wenn man alle Lehrpersonen, die Verwaltungsangestellten und alle Voll- und Teilzeitstellen einbezieht, sind daran über 400 Personen beteiligt. Es ist ein riesiger Betrieb, der in Dietikon für die Jungen tätig ist. All diesen Damen und Herren gebührt der Dank für die geleistete Arbeit im Jahr 2014.

Diskussion

Martin Müller (DP) kritisiert, dass im Geschäftsbericht ein Leitsatz "Wir tragen Sorge zu unserem Material hat Wirkung gezeigt" steht, wobei aber eine entsprechende Begründung fehlt, wie denn die Wirkung ausgesehen habe. Somit kann der Satz als einfache Behauptung interpretiert werden.

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani erklärt, dass man dies in der Rechnung sieht. Es wurde beim Sachaufwand gespart.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

Der Geschäftsbericht der Stadt Dietikon für das Jahr 2014 wird genehmigt.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V. m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon Beschwerde eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Stadtrat.

S3.04.Rap Rapidplatz Limmatfeld

33-2015

Investitionsbedarf Rapidplatz

Beantwortung Interpellation

Martin Müller (DP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 5. Januar 2015 folgende Interpellation eingereicht:

"Dem Verhandlungsbericht des Stadtrates vom 8. und 15. Dezember 2014 kann entnommen werden, dass am Rapidplatz sieben Strombezugspunkte mit Technikraum, fünf Wasserbezugspunkte und zwei Schmutzwasseranschlüsse eingerichtet worden sind. Für die gestalterische Aufwertung und umfangreiche Grundinstallationen sei ein Kredit in der Höhe von Fr. 150'000.00 gesprochen worden.

Während der Information zum Gestaltungsplan Limmatfeld wurde stets betont, dass dieser Platz durch Halter erstellt und erst in fertigem Zustand an die Stadt übergeben werde. Der Steuerzahler komme so quasi "gratis", respektive zum Preis der Übernahme des Unterhalts zu einem fertig gestalteten, betriebsbereiten Platz. Die bereits zwei Jahre und acht Monate nach Übergabe des Platzes nötigen Investitionen legen nahe, dass dies nicht der Fall gewesen ist, weswegen ich den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen bitte:

- 1. Gehört es nach Ansicht des Stadtrates nicht zu einem Platz, der eine Zentrumsfunktion mit entsprechenden Veranstaltungsmöglichkeiten zu erfüllen hat, dass dieser über eine elementarste Grundausrüstung wie Strombezugspunkte, Wasser- und Abwasseranschlüsse etc. verfügt und gestalterisch so angelegt ist, dass nicht bereits nach 32 Monaten eine gestalterische Aufwertung nötig ist?*
- 2. Warum hat die Stadt den Platz in offensichtlich nicht fertigem oder aber mindestens nicht zweckmässig ausgerüstetem Zustand überhaupt übernommen?*
- 3. Waren die seinerzeitigen Verträge derart lückenhaft, schwammig oder zugunsten von Halter AG ausgelegt, dass auf keine bessere Lösung gepocht werden konnte?*
- 4. Glaubt der Stadtrat immer noch daran, dass es sich angesichts der notwendig gewordenen Investitionen um eine echte win-win Situation handelt und wie lautet die materielle Begründung bei einem allfälligen Ja?"*

Zu Frage 1

Gemäss öffentlich-rechtlichem Vertrag "Privater Gestaltungsplan Limmatfeld Dietikon" vom 24. Januar 2005 zwischen der Stadt Dietikon und den Grundeigentümern im Limmatfeld, haben letztere für die Realisierung des Rapidplatzes ein Budget von insgesamt 1.4 Mio. Franken zur Verfügung zu stellen, welches eine Grundausstattung desselben sicherstellt. Die Stadt Dietikon hat sich ihrerseits verpflichtet, Leistungen für den Stadtplatz, welche über die Grundausstattung hinausgehen, nach Massgabe des öffentlichen Interesses und gestützt auf Detailprojekte finanziell zu unterstützen.

Die Halter AG vertritt die Interessen der Grundeigentümer im Limmatfeld. Gemäss Kostenzusammenstellung der Halter AG, die grösstenteils auf abgeschlossenen Werkverträgen und Offerten basiert, ist für den Rapidplatz mit Kosten in der Höhe von rund 1.64 Mio. Franken zu rechnen. Darin enthalten sind auch die gestalterischen Elemente, wie die geschwungenen und somit verlängerten Sitzgelegenheiten sowie die Garteninsel im Süden des Platzes, welche den Rapidplatz deutlich aufwerten. Zudem sind im Bereich der Platzzugänge ab der Lindenallee nach Vorgaben der Stadt insgesamt sieben Strombezugspunkte mit entsprechendem Technikraum zur Messung der Strommenge, fünf Wasserbezugspunkte sowie zwei Schmutzwasseranschlüsse in der Mitte des Platzes zusätzlich eingerichtet worden. Diese Massnahmen gehen über die Grundausstattung hinaus und wurden bereits umgesetzt. Es rechtfertigte sich daher, nach Verhandlungen mit der Halter AG, an die

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

gestalterische Aufwertung und die umfangreichen Grundinstallationen, welche ins Eigentum der Stadt übergehen und über das "Budget" von 1.4 Mio. Franken hinausgehen, einen finanziellen Beitrag in der Höhe von Fr. 150'000.00 zu leisten. Den entsprechenden Kredit hat der Stadtrat mit Beschluss vom 15. Dezember 2014 bewilligt.

Zu Frage 2

Am 11. Oktober 2010 hat der Stadtrat der Halter AG die baurechtliche Bewilligung für die Gestaltung sowie die Grundausstattung des Rapidplatzes unter Bedingungen und Auflagen erteilt. Die Arbeiten sind abgeschlossen und wurden am 11. August 2014 durch die Baupolizei abgenommen. Die Abtretung des östlichen Teils des fertigen Rapidplatzes an die Stadt Dietikon wurde am 12. November 2014 öffentlich beurkundet. Hinsichtlich des Abtretungsvertrages zur Übernahme des westlichen Teils fehlt die öffentliche Beurkundung, da inhaltlich Divergenzen zwischen der Stadt Dietikon und der Halter Entwicklungen AG bestehen.

Zu Frage 3

Der öffentlich-rechtliche Vertrag "Privater Gestaltungsplan Limmatfeld Dietikon" ist das Resultat von Verhandlungen zwischen den Grundeigentümern bzw. der mit der Gebietsentwicklung beauftragten Halter AG und der Stadt Dietikon. Dass die Grundeigentümer für die Realisierung des Platzes gemäss Vertrag 1.4 Mio. Franken übernehmen, ist für die Stadt Dietikon eine gute Lösung.

Zu Frage 4

Beim genehmigten Betrag von Fr. 150'000.00 handelt es sich um einen Kostenbeitrag an die Gestaltung des Rapidplatzes und nicht um eine notwendig gewordene Investition. Der Rapidplatz bildet das öffentliche Zentrum im Limmatfeld. Der sorgfältig gestaltete und durch eine Lindenallee von der Heimstrasse abgetrennte Rapidplatz bietet Raum zum Flanieren, dient als Treffpunkt im Quartier und ist ein Gewinn für Dietikon.

Diskussion

Martin Müller (DP) erklärt, dass im Abstimmungskampf um den Gestaltungsplan Limmatfeld unter anderem damit geworben wurde, dass der entstehende Platz von den Investoren bezahlt werde und die Stadt so gratis zu einem Platz komme. Darum erstaunt es sehr, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz einen Kredit in der Höhe von Fr. 150'000.000 gesprochen hat.

Zu Frage 1 antwortet der Stadtrat sinngemäss, dass Strombezugspunkte, Wasseranschlüsse, Schmutzwasseranschlüsse und ein Technikraum nicht zur Grundausstattung eines Platzes gehören, welcher eine Zentrumsfunktion mit entsprechenden Veranstaltungsmöglichkeiten zu erfüllen hat. Eine Begründung für diese Haltung findet sich aber auch nach wiederholtem Lesen nicht.

Auf die Frage 2, weshalb die Stadt den unfertigen Platz übernommen habe, zeigt der Stadtrat eine chronologisch geordnete Schilderung der Abläufe auf. Auf die Frage selbst wird nicht einmal am Rande eingegangen.

Zu Frage 3, ob der Vertrag mit Halter AG nicht wasserdicht gewesen sei, so dass keine bessere Lösung möglich war, schreibt der Stadtrat, dass die Grundeigentümer 1.4 Mio. Franken bezahlen. Dies sei für die Stadt eine gute Lösung. Eine Begründung oder eine konkrete Antwort auf die Frage fehlt.

Es verwundert nicht, dass der Stadtrat zur Frage, ob er den Deal angesichts der Zusatzinvestitionen immer noch als win-win-Situation betrachte, von einem Kostenbeitrag und nicht von einer Investition redet, welcher aufgrund des immateriellen Gewinns für Dietikon offenbar gerechtfertigt sei.

Es spielt keine Rolle, ob man von einem Kostenbeitrag oder einer Investition redet. Fakt ist, dass ohne Strombezugspunkte sowie Wasser- und Schmutzwasseranschlüsse an einen bestimmungsgemässen Betrieb des Platzes nicht zu denken ist. Diese gehören sehr wohl zur Grundausstattung.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Und es dürfte eine Tatsache sein, dass der Platz einfach teurer kam, als ursprünglich geplant, weshalb die Halter AG an den Stadtrat gelangte.

Es muss daran erinnert werden, dass der Stadtrat mit dem Geld der Steuerzahler haushälterisch umzugehen hat. Dabei stehen die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner von Dietikon vor denjenigen der Investoren.

Von vier Fragen wurden nur deren drei dürftig beantwortet. Damit zeigt der Stadtrat seine Geringschätzung zum Anliegen.

Martin Romer (FDP) erklärt, dass seit anfangs 2005 die vertragliche Partnerschaft zwischen der Stadt Dietikon und der Vertretung der Grundeigentümer des Limmatfelds, der Halter AG, bestehe. Die über zehnjährige Zusammenarbeit ist mittlerweile strapazierter als auch schon. Vertragliche Differenzen zeigen auf, dass ein Vertrag letztendlich nie das allerletzte Detail regeln kann und es wichtig ist, mit wem ein Vertrag abgeschlossen wird. Differenzen bezüglich Übergabe des Westteils des Rapidplatzes, unter anderem wegen vorhandenen Altlasten im Boden sowie die Nutzungsrechte bezüglich Parkplatzbewirtschaftung sind zwei Punkte, welche zu juristischen Diskussionen führen. Eine gerichtliche Auseinandersetzung ist im Gange und das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) hat eben verlauten lassen, dass eine Altlastensanierung bzw. eine Umklassifizierung der Altlasten durchaus möglich wäre.

Bei den Parkplätzen wehrt sich die Stadt dagegen, dass sie die Strassenunterhaltskosten tragen soll, jedoch die Parkgebühren nicht der Stadt zufließen sollen. Es ist also folgerichtig, dass die Stadt die Übernahme des Westteils des Platzes bis dato verweigert hat.

Der Gegenstand der vorliegenden Interpellation ist vertraglich so geregelt, dass die Halter AG 1.4 Mio. Franken von den veranschlagten 1.64 Mio. Franken in die Gestaltung des Rapidplatzes investiert. Danach soll der Rapidplatz mit Rechten und Pflichten in den Besitz der Stadt übergehen. Entsprechend kann abgeleitet werden, dass sich die Stadt Dietikon mit einem Kostenbeitrag von total Fr. 240'000.00 an der Gestaltung des Rapidplatzes zu beteiligen hat.

Fr. 150'000.00 wurden investiert für Wasser-, Abwasser- und Stromanschlüsse. Fr. 45'000.00 wurden für drei Brunnen auf dem Rapidplatz gesprochen. Es ist folglich noch mit einem Kostenbeitrag in der Höhe von Fr. 45'000.00 durch die Stadt, zugunsten Gestaltung Rapidplatz, zu rechnen.

Die Stadt Dietikon investiert 14.6 % Kostenbeitrag an die Gestaltungskosten, Halter AG deren 85.4%. Da die Stadt Dietikon letztendlich Besitzerin des ganzen Rapidplatzes sein wird, wurde ein Vertrag vom Stadtrat ausgehandelt, denn die Stadt investiert letztendlich relativ wenig in ihren zukünftigen Besitz. Ob es sich nun um Wasseranschlüsse, Brunnen, Sitzbänke oder andere Gestaltungselemente handelt, ist nicht so wichtig. Die Stadt hat sich an die vertraglichen Abmachungen zu halten und diese umfasst die erwähnte Kostenbeteiligung.

Martin Romer dankt dem Stadtrat dafür, dass er die Interessen der Bürgerinnen und Bürger umsichtig vertritt, die Verträge vorbildlich einhält und dort Druck aufsetzt, wo allfällige Folgekosten für die Stadt Dietikon resultieren könnten.

Max Wiederkehr (CVP) teilt die Meinung von Martin Romer nicht. Die Stadt sollte nicht etwas an den Platz zahlen. Der Stadtrat hat aufgezeigt, wo das Geld aufgebraucht wurde und warum es einen Zusatzkredit brauchte. Es wurde vertraglich vereinbart, dass die Halter AG 1.4 Mio. Franken für die Grundausrüstung bezahlt. Was über diese Grundausrüstung hinausgeht, zahlt die Stadt Dietikon. Wenn alles wirklich notwendig ist, so wäre auch ein Zusatzkredit nicht nötig. Es fragt sich, ob es sich um eine Vergoldung des Rapidplatzes handelt? Der Grundausbau sollte durch die Halter AG abgeschlossen werden.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Es fragt sich, wie weit die Verlängerung der Sitzgelegenheiten und die Gartenanlagen zur Grundausstattung gehören. Elektroanschlüsse gehören bestimmt dazu, ebenso ein Schmutzwasseranschluss.

Hätte der Stadtrat die Leistungen, welche zur Grundausstattung gehören, richtig formuliert, so hätte es keinen Zusatzkredit gebraucht.

Anton Felber (SVP) erklärt, dass ihn die Antwort des Stadtrates vor zwei Wochen zufriedengestellt hat. Bei der Aussage des Stadtrates, dass zur Übernahme des westlichen Teils die öffentliche Beurkundung fehle, da inhaltlich Divergenzen zwischen der Stadt Dietikon und der Halter Entwicklung AG bestehen, ging er davon aus, dass dies kleinere Modalitäten sind, welche rasch und gut geklärt werden können. Nach den neusten Zeitungsberichten im Limmattaler musste festgestellt werden, dass der Stadtrat nicht ordentlich informiert hat und dass die Unterschiede doch sehr gross sind. Eine Bodenbelastung, welche sehr grosse Ausgaben nach sich ziehen kann, ist eine ernstzunehmende Sache. Es ist zu hoffen, dass es zu einer guten Lösung kommt und der Rapidplatz nicht zu einem Fass ohne Boden wird.

Der Rapidplatz könnte für diverse Anlässe genutzt werden. Er denkt da an die innovativen Veranstaltungen zur Weihnachtszeit, z.B. mit der temporären Kunsteisbahn sowie dem Fondue-Chalet. Solche Anlässe werten Quartiere generell auf. Warum sollte der Frischmarkt auf dem Kirchplatz nicht zeitweise auf dem Rapidplatz stattfinden? Der Rapidplatz soll zu einem Begegnungsort für das Limmattal und die umliegenden neuen Geschäfte werden.

G3.06 Konjunktur- und Wirtschaftsfragen

34-2015

Cleantech-Cluster, Interpellation

Beantwortung Interpellation

Martin Müller (DP), Mitglied des Gemeinderates, hat am 11. Dezember 2014 folgende Interpellation eingereicht:

"Dem Budgetkommentar 2015 ist bei der Standortförderung zu entnehmen, dass die Stadt plant, einen Cleantech-Cluster zu fördern. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Frage:

Wie sieht die SWOT-Analyse aus, die den Stadtrat zu diesem Entscheid geführt hat?

Begründung:

Bei der Cleantech-Industrie geht es um Technik zur Einsparung von Energie, schonendem Umgang mit Ressourcen und Verringerung von Klimagasemissionen. Die Branche boomt zwar derzeit, allerdings nicht etwa, weil es einen natürlichen Nachfrageüberschuss geben würde, sondern weil dieser einerseits durch Subventionen, zum Beispiel aus dem eidgenössischen Gebäudeprogramm mit jährlich 280 bis 300 Mio. Fr., andererseits auch durch unsere eigenen, städtischen Subventionen für solche Technologien, noch vielmehr aber durch ausländische staatliche Förderprogramme im Wert von ca. 524 Mia. Fr. künstlich angeheizt wird, wie das dem eidgenössischen Masterplan Cleantech entnommen werden kann.

Alle diese Programme sind aber zeitlich begrenzt. Das eidgenössische Gebäudeprogramm beispielsweise endet im Jahr 2020. Es ist also absehbar, dass diese Branche danach ins Jammertal stürzen wird. Entlassungen, Arbeitslosigkeit, steigende Sozialkosten können die Folge sein.

Der Entscheid, eine solche Branche anzusiedeln, ist von strategischer Tragweite und sollte somit nicht im stillen Kämmerchen von sieben Stadträten gefällt werden, auch wenn diese über die nötige Finanzkompetenz verfügen. Mit dieser Interpellation möchte ich denn auch dem Gemeinderat Gelegenheit verschaffen, sich zu diesem Vorhaben zu äussern."

Die Interpellation von Martin Müller (DP) wird wie folgt beantwortet:

Allgemeines

Der Kanton Zürich setzt Akzente in der Wirtschaftsförderung und engagiert sich für die Weiterentwicklung sogenannter Branchencluster. Wenn sich Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette vermehrt vernetzen, entstehen Chancen für Innovationen. Der Cleantech-Cluster (Energieeffizienz, erneuerbare Energie, Kreislaufwirtschaft, Mobilität, Rohstoffeffizienz, Wasserwirtschaft) ist dabei einer von sieben im Kanton Zürich geförderten Cluster.

Der Stadtrat hat sich bislang mit der Frage der Clusterbildung im Cleantech-Bereich noch nicht ausführlich beschäftigt und somit auch keine Entscheide getroffen. Die im Voranschlag 2015 im Bereich Standortförderung eingesetzten Mittel dienen der Beschaffung und Erarbeitung von Grundlagen.

Um das im Regierungsprogramm 2014 - 18 formulierte Ziel der klaren Positionierung Dietikons und der Wahrnehmung als bevorzugten Wirtschaftsstandort sowie die in der Wirtschaftsstrategie geforderte überregionale Ausstrahlungskraft zu erreichen, hat die Standortförderung Dietikon dem Wirtschaftsrat die Prüfung der Förderung eines Cleantech-Clusters empfohlen. Der Wirtschaftsrat hat aufgrund der nachfolgenden ersten Analyse den Ansatz zur Bildung eines Cleantech-Clusters für prüfungswert erachtet und vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche das Potential vertiefter erfassen und eine allfällige Entwicklung begleiten soll.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Die Resultate mit entsprechenden Empfehlungen sollen dann dem Stadtrat als Grundlage für eine Stärken-, Schwächen-, Chancen- und Gefahrenanalyse sowie für weiterführende Entscheide unterbreitet werden.

Erste Analyse

Gemäss Art. 1 Abs. 3 Gemeindeordnung ist die Stadt Dietikon einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Sie orientiert sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit am langfristigen Ziel der 2000 Watt-Gesellschaft und setzt sich für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen ein. Dietikon ist Energiestadt und strebt den Standard Energiestadt "Gold" an. Das Zertifikat Energiestadt ist ein Leistungsausweis für Gemeinden, der die Umsetzung einer nachhaltigen kommunalen Energiepolitik bezweckt. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf effiziente Nutzung der Ressourcen.

Mit beispielsweise Limeco, Elektrizitätswerke des Kantons Zürich oder Axpo Trading AG sind führende Vertreter der Cleantech-Branche mit zukunftsweisenden Projekten bereits in Dietikon tätig. Dietikon trägt Förderprogramme für ansässige Unternehmen zur Steigerung der Energieeffizienz mit und unterstützt die Erstellung von Mobilitätskonzepten zusammen mit anderen Städten und Organisationen im Kanton.

Dietikons Wirtschaft verfügt über mehr als 1'500 Unternehmen, welche insgesamt über 16'000 Arbeitsplätze anbieten. Dietikons Wirtschaft ist bereits heute in erfreulicher Weise diversifiziert und weist Ansammlungen auf in den Branchen Grosshandel, Informations- und Kommunikationstechnik, Nahrungsmittelproduktion, Logistik und Facility Management. Alle diese Branchen müssen sich der Herausforderung stellen, effizient mit Energie umzugehen, Kreislaufwirtschaft verstärkt anzuwenden sowie Lösungen für Mobilitätsprobleme zu entwickeln und können daher von einer Cluster-Bildung profitieren.

Die gegenseitige Vernetzung und Vermittlung von Informationen aus dem Energiebereich ist sinnvoll und fördert Innovationen. Der Wirtschaftsstandort wird durch die Schaffung von Kompetenzzentren für Wissensvermittlung gestärkt sowie überregional positiv und differenziert von anderen Standorten wahrgenommen.

Wie weit eine hohe Konzentration an spezialisierten Unternehmen einer einzigen Branche langfristig eine zu hohe Abhängigkeit schaffen könnte und somit zu einem wirtschaftlichen Risiko führt, ist im Rahmen der erwähnten Analyse vertieft zu prüfen.

Diskussion

Martin Müller (DP) erklärt, dass er mit dieser Interpellation in erster Linie dem Gemeinderat die Möglichkeit verschaffen möchte, sich zum Thema Ansiedlung eines Cleantech-Clusters zu äussern.

Beruhigend ist, dass der Stadtrat erst einmal die Grundlagen für eine SWOT-Analyse erarbeiten möchte und nicht schon alles beschlossene Sache ist. Denn alleine die Tatsache, dass Martin Müller dieser Branche gegenüber zurzeit negativ eingestellt ist, bedeutet nicht, dass er sich nicht von guten Argumenten überzeugen lassen könnte.

Diese Argumente müssten allerdings qualitativ wesentlich besser sein, als das, was als Ergebnis einer Erstanalyse präsentiert wird. Wem nämlich ausgerechnet die Axpo Trading AG als führendes Unternehmen im Clean-Tech-Bereich einfällt, dem ist bezüglich Wirtschaftskompetenz nicht wirklich über den Weg zu trauen. Wer den Geschäftsbericht dieser Firma gelesen hat, weiss, dass sie sich in erster Linie mit Stromhandel beschäftigt und nur weil sie im Handel mit Windstrom Potential erblickt, ist sie bestimmt nicht bereits ein erfolgreiches Clean-Tech-Unternehmen.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Insgesamt erscheint die Erstanalyse etwas zu sehr positiv gefärbt. Aber man darf gespannt sein auf das Endresultat, insbesondere auch, was das Risiko mit solchen Konzentrationen angeht.

Anton Kiwic (SP) stellt sich hinter die Antwort des Stadtrates. Ansiedlungen von Cleantech-Firmen erscheinen ihm als sinnvoll. Die Art und Weise des Angehens scheint stimmig. Der Klimaschutz kostet Geld. Der Klimawandel ist das grösste Problem. Kurzsichtige sehen die Kosten, Weitsichtige eine Jobmaschine für die Schweiz. Die Schweiz ist gross genug, um Lösungen zum Klimawandel zu finden.

Das Klimaproblem ist eine Herausforderung, es soll vor allem der Nutzen zählen. Der Interpellant hat Recht, dass kurzfristig geförderte Bereiche restrukturiert werden müssen. Die Solarbranche hat das eindrücklich gezeigt. Nach kurzer Ernüchterung generiert die Solarbranche Wachstum. Gelingt es Dietikon hier einen Standort für Know-how in diesem Bereich aufzubauen, dann führt das dazu, dass eine neue Industrie hier eine Heimat bekommt. Der Klimawandel ist nicht mehr aus unserer Welt zu verdrängen. Dietikon kann hier eine Rolle spielen. Es wäre weitsichtig, hier eine solche Industrie aufzubauen.

Lucas Neff (Grüne) ist mit der Antwort des Stadtrates grundsätzlich zufrieden. Beim Cluster geht es darum, vorhandene Synergien zu nutzen. Konkurrenz stachelt sich gegenseitig an und man kommt so zu Höchstleistungen. Bei ähnlichen Problemen gibt es Partner für den Austausch, damit entsteht Neues. Dies ist die Grundlage eines Clusters. Das rechnet sich für die involvierten Betriebe und später auch für die Steuererträge. Bei einem Cluster ist es wesentlich, dass vor Ort Potential vorhanden ist. Der Kanton gibt verschiedene Cluster vor. Dietikon verfügt über ein Potential beim Bereich Cleantech, beispielsweise mit der Kehrichtverbrennungsanlage. Dort wird Abfall verbrannt, Strom gewonnen und Fernwärme produziert. Es braucht aber auch Bildungsinstitute. Diese sind in Dietikon vorhanden. Ausserdem existieren grosse Betriebe wie EKZ oder AXPO. Das sind Firmen, die einen grünen Mantel haben, aber die irgendwann beweisen müssen, dass dahinter auch Tatkraft steckt.

Die Grünen wünschen sich, dass es nicht nur bei Diskussionen bleibt, sondern die Förderung zügig angefasst wird und Antworten geliefert werden, die mehr bieten als das, was bis heute angedacht wurde.

F3.04.03 Planung, Disposition

35-2015

Zentrale Beschaffungsstelle

Bericht Postulat

Reto Siegrist (CVP), Mitglied des Gemeinderates, und 4 Mitunterzeichnende haben am 22. Mai 2014 folgendes Postulat eingereicht:

"Im Rahmen der Belegkontrolle durch die RPK ist mir aufgefallen, dass die Stadt Dietikon Einkäufe dezentral tätigt und auch keine Absicht besteht, dies zu ändern.

Eine Bündelung der zu tätiggenden Einkäufe führt dazu, dass grössere Auftragsvolumina attraktivere Konditionen bewirken, dies gilt auch beim Einkauf von Dienstleistungen Dritter (Berater usw.). Den grössten Nutzen wird die Stadt Dietikon erhalten, wenn die Zusammenführung dieser Aufgabe über alle einkaufenden Einheiten der Stadt Dietikon (Verwaltung, Schule, Schuleinheiten usw.) realisiert wird.

Erfahrungen aus Industrie und Gewerbe zeigen, dass bei konsequenter Bündelung hohe Einsparungen möglich sind.

Ich lade den Stadtrat ein, im Sinne der Haushaltssanierungsbestrebungen, dem Gemeinderat Bericht zu erstatten, mit welchen drei Einheiten/Bereichen er starten will, welches Kosteneinsparungspotential erwartet wird und bis wann die Umsetzung realisiert ist."

Mitunterzeichnende:

Olivieri Gabriele

Studer Roger

Mounoud Cécile

Wiederkehr Max

Der Gemeinderat hat das Postulat von Reto Siegrist (CVP) und 4 Mitunterzeichnenden betreffend Zentrale Beschaffungsstelle am 4. September 2014 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Stellung nimmt:

Vorbemerkungen

Ein erstes Projekt zum gemeinsamen Einkauf von Dienstleistungen und Verbrauchsmaterial der Schulen, des Alters- und Gesundheitszentrums und der Stadtverwaltung wurde im Jahr 2001 gestartet. Ziel war es, beim Materialeinkauf grössere Volumen zu generieren und damit von besseren Konditionen bei den Anbietern zu profitieren. Dabei wurde ein Schwerpunkt in den Bereichen Gebäudeunterhalt und -reinigung gesetzt. Weitere Themen waren gemeinsame Aus- und Weiterbildungen zur Effizienzsteigerung, die Überarbeitung der Reinigungskonzepte, Energiemanagement sowie ein gemeinsames Maschinen- und Gerätemanagement. Im Bereich Energie wurde der zentrale Einkauf von Heizöl für die städtischen Verwaltungsliegenschaften koordiniert. Im Jahr 2006 wurden das Projekt und die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Schule und Alters- und Gesundheitszentrum aufgrund fehlender personeller Ressourcen eingestellt.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit einer Bündelung der Einkäufe bessere Konditionen und damit eine Entlastung des Finanzhaushaltes erreicht werden kann. Um den zentralen Einkauf von Material und Dienstleistungen über alle städtische Betriebe koordinieren zu können, müssten aber personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, welche heute nicht vorhanden sind. Aus diesem Grund beschränken sich die heutigen Aktivitäten der Zentralen Dienste weitgehend auf die städtischen Verwaltungsabteilungen und -liegenschaften.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft ist die öffentliche Hand bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen an das Submissionsrecht gebunden. Der Markt spielt nicht im selben Umfang wie bei Gewerbe und Industrie, wo Preisverhandlungen uneingeschränkt möglich sind. Lieferungen unter Fr. 100'000.00 und Dienstleistungen unter Fr. 150'000.00 können im freihändigen Verfahren vergeben werden. Sind diese Grenzwerte überschritten, kommen das Einladungs- oder das offene Verfah-

ren gemäss Submissionsrecht zum tragen. Sobald das freihändige Verfahren aufgrund des Auftragsvolumens nicht mehr zur Anwendung kommt, sind aufgrund der eingereichten Offerten keine Preis- und Rabattverhandlungen mehr erlaubt. Ein Vertragsabschluss erfolgt in diesem Fall gestützt auf das wirtschaftlich günstigste Angebot aufgrund der vorab bestimmten Vergabekriterien.

Gestützt auf die Einkaufsrichtlinien der Stadt Dietikon vom Januar 2011 sind zudem ortsansässige Anbieter zu berücksichtigen, sofern deren Angebote in qualitativer und preislicher Hinsicht konkurrenzfähig sind. Bei der Durchführung von Submissionsverfahren sind lokale Betriebe zur Offertstellung einzuladen.

Zentraler Einkauf von Material und Mobilien

Im Jahr 2014 haben die Zentralen Dienste für den Einkauf von Büromobiliar mit verschiedenen Anbietern Verhandlungen geführt, mit dem Ziel, über das geschätzte Auftragsvolumen bessere Konditionen zu erzielen. Gegenüber den bisherigen Angeboten konnten die Kosten für künftige Anschaffungen um knapp 14 % gesenkt werden.

Beim Einkauf von Verbrauchsmaterial werden die Angebote laufend überprüft. Mit den Bestellmengen, welche die Stadtverwaltung benötigt, kann jeweils von Mengenrabatten profitiert werden. Kopierpapier und Couverts werden aufgrund eines geschätzten Jahresverbrauchs zu entsprechend günstigeren Konditionen bestellt, bei der Lieferfirma gelagert und auf Abruf bezogen. Neben der Kostenersparnis gegenüber Einzelbestellungen entfallen bei der Stadt auch die Lagerkosten.

Würde auch der zentrale Einkauf von Büro- und Verbrauchsmaterial über alle Einheiten inkl. Schule zusammengeführt, können zusätzliche Einsparungen realisiert werden. Allerdings müsste dazu eine Organisation für die Preisverhandlungen, das Bestellwesen sowie für die Verteilung an die Bezügerinnen und Bezüger aufgebaut werden. Mit den heutigen knappen personellen Ressourcen ist dies nicht möglich. Eine entsprechende Aufstockung des Stellenplanes müsste im Rahmen der Budgetdebatte durch den Gemeinderat bewilligt werden.

Im Bereich Schule werden zwar die Lehrmittel vom Lehrmittelverlag des Kantons Zürich bezogen, weiteres Material für den Unterricht wie Papier, Hefte, Farb- und Bleistifte sowie Material für den Sportunterricht werden jedoch dezentral durch die einzelnen Schuleinheiten bestellt. Der Stadtrat erwartet von der Schulpflege, dass auch in diesen Bereichen der Einkauf künftig über Sammelbestellungen zentral erfolgen wird.

Zentraler Einkauf von Dienstleistungen

Im Jahr 2010 hat sich der Stadtrat entschieden, gestützt auf ein neu erstelltes Drucker- und Kopierkonzept ein Submissionsverfahren für alle in der Stadtverwaltung Dietikon benötigten Multifunktionsgeräte (Drucken, Kopieren, Scannen und Faxen) durchzuführen. Die Schule Dietikon hat sich damals für eine eigene Lösung ausgesprochen und sich nicht dem Gesamtvertrag der Stadtverwaltung angeschlossen. Mit der Umsetzung des Drucker- und Kopierkonzeptes in der Verwaltung (exkl. Schule) konnten die im Unterhalt und beim Verbrauchsmaterial teuren Einzelplatzdrucker durch leistungsfähigere und günstigere Multifunktionsgeräte ersetzt werden.

Anfangs 2015 wurden die Leasingverträge für die Multifunktionsgeräte überprüft. Diese laufen grösstenteils im Verlauf dieses Jahres aus und sind zu erneuern. Die Schule Dietikon hat sich inzwischen entschieden, künftig ihre Geräte beim selben Anbieter zu beziehen. Damit verdoppelt sich das Volumen der zu verrechnenden Kopien. Die Kosten für schwarz/weiss-Kopien können damit gegenüber den bisherigen Verträgen um rund 18 %, bei den Farbkopien um ca. 15 % gesenkt werden. Bei den monatlichen Leasing-Gebühren ergeben sich ebenfalls Kosteneinsparungen von rund 15 % gegenüber den bisherigen Verträgen. Im Vergleich zu den Druckkosten pro Seite (schwarz/weiss) im Jahr 2010 ergibt sich im Jahr 2015 eine markante Preisreduktion von rund 32 %.

Im Verlauf des Jahres 2015 werden auch die Kosten der Swisscom für die Telefonie sowie für die Datenleitungen überprüft und neu verhandelt werden. Heute bestehen für die Stadtverwaltung und die Schuleinheiten ebenfalls separate Verträge. Diese sollen zusammengeführt werden. Der Stadtrat erwartet über das gesamte Auftragsvolumen bessere Konditionen, welche zu einer weiteren Kostenreduktion führen.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Weiter könnten sämtliche Wartungs- und Serviceverträge der Stadt (inkl. Schule, Werkhof) überprüft werden. Die personellen Ressourcen für die Erhebung der Verträge, die Analyse, die Bündelung und die Vertragsverhandlungen sind heute jedoch überhaupt nicht vorhanden. Auch bei den Neuabschlüssen von Wartungs- und Serviceverträgen ist von einem nennenswerten Einsparungspotential auszugehen.

Diskussion

Reto Siegrist (CVP) bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung seines Postulats. Er dankt dem Stadtrat auch dafür, dass er offen und ehrlich seine Position, seine bisherigen Anstrengungen im Thema und bereits erzielte, konkrete Resultate aufzeigte. Speziell erwähnt der Stadtrat zwei Aktivitäten, die eindrücklich das Potential der Einkaufsmacht zeigen.

Es sind dies einerseits der Einkauf von Büromobiliar, der dank Verhandlungen nun rund 14 % günstiger durchgeführt werden kann. Fachleute attestieren, dass eine Preisreduktion von 14 % ein sehr gutes Resultat ist. Andererseits betrifft es das Leasing der Multifunktionsgeräte für Schule und Verwaltung. Dank der Wahl von nur noch einem Lieferanten konnten die Leasingkosten um 15 % und die Kosten pro Kopie noch einmal um 15 - 18 % reduziert werden. Erste Erfolge zeigen sich bereits.

Auf der anderen Seite stellt der Stadtrat fest, dass ein konsequentes Bearbeiten des Einkaufsthemas Knochenarbeit darstellt. In der Antwort zum Postulat erklärt der Stadtrat, dass der Gemeinderat personelle Ressourcen genehmigen müsse, wenn er diesbezüglich eine Veränderung wünscht. Reto Siegrist ist überzeugt, dass der Gemeinderat wohlüberlegt Stellen bewilligt, wenn sich damit kurz-, mittel- und langfristig dank effizientem Führen des Sach- und Dienstleistungseinkaufs Kosten im tiefen einstelligen Millionenbetrag einsparen lassen. Aufgrund der Berichterstattung zum Thema hat sich bereits ein Unternehmer gemeldet, der Gemeinden begleitet und anleitet, wie der Einkauf von Sachgütern und Dienstleistungen effizienter und kostengünstiger organisiert werden kann. Die entsprechenden Kontaktangaben werden dem Stadtpräsidenten übergeben.

Wenn im Jahr 2015 die Grundlagen für ein Einkaufskonzept mit Zuteilung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen erarbeitet werden, wären die Auslagen für diese "Dienstleistung Dritter" im Rahmen des Übergangsausgleich 2015 durch den Kanton bezahlt. Der Stadtrat müsste dem Gemeinderat nur noch das Nutzeninkasso vorlegen und er ist sicher, die Stelle würde im Budget 2016 bewilligt. Den Tatbeweis kann der Stadtrat bei jeder Rechnung eindrücklich zeigen, wenn es ihm gelingt, Bewegung in die Sach- und Dienstleistungskosten zu bringen. Aktuell stehen diese bei rund 26 Mio. Franken. Nur bereits 5 % Einsparungen ab Start der Umsetzung brächten in den nächsten 12 Monaten eine Kostenreduktion von Fr. 100'000.00 pro Monat oder 1.2 Mio. Franken pro Jahr. Reto Siegrist wünscht dem Stadtrat Beharrlichkeit, Standvermögen und Erfolg.

Rosmarie Joss (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Bericht mit Interesse zur Kenntnis genommen hat. Der Vorschlag ist interessant. Hier bestehen Sparmöglichkeiten ohne Leistungsabbau. Das ist der richtige Weg für die Stadt. Irritiert hat die Aussage des Stadtrates, dass für eine konkrete Umsetzung ein Mangel an personellen Mittel bestehe. Man müsste halt zuerst investieren, bevor man ernten kann. Das Motto heisst leider: Man spart, koste es was es wolle. Dies ist aber leider nicht zukunftsweisend.

Die SP hofft, dass der Stadtrat umsetzt, was er in diesem Bericht angedacht hat.

Philipp Müller (FDP) erachtet es als sinnvoll, wenn Einkäufe und Dienstleistungen koordiniert werden. Man nimmt zur Kenntnis, dass es bereits Richtlinien für den Einkauf gibt. Der Stadtrat muss ermuntert werden, diese konsequent umzusetzen. Dass es eine zusätzliche Stelle braucht, wird jedoch bezweifelt. Das vorhandene Potential muss konsequent genutzt werden.

Es erstaunt, dass die Schule andere Beschaffungswege geht als die übrige Verwaltung. Es ist davon auszugehen, dass es hier deshalb zu Mehrkosten kommt. Der Stadtrat soll auf andere Behörden

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Einfluss nehmen, um dies zu verhindern. Alle sollen nach den gleichen Richtlinien die Beschaffungen durchführen.

Konrad Lips (SVP) bedankt sich für den Bericht. In der Antwort ist ersichtlich, dass Projekte realisiert wurden. Im Rahmen der RPK wurden die Sachaufwände geprüft. Man hat festgestellt, dass Potential besteht. Er appelliert an die Verwaltung, vermehrt das Dietiker Gewerbe zu berücksichtigen. Es gibt ein Ladensterben in Dietikon. Nicht einmal die Stadt kauft hier ein. Andererseits wird teure Standortförderung betrieben. Wenn jede Abteilung selber bestellt, sind die Kosten höher als beim Zentraleinkauf. Dass die Stadt aufgrund der Submissionsverordnung einen kleineren Handlungsspielraum hat, ist der SVP bewusst. Dennoch liessen sich Einsparungen realisieren. Der Dietiker Steuerzahler wird es zu schätzen wissen.

L2.06.00 Schulgebäude, Schulanlagen, Kindergärten, Allgemeines

36-2015

Entlastung Termindruck neues Schulhaus

Bericht Postulat

Rochus Burtscher (SVP), Mitglied des Gemeinderates, und 20 Mitunterzeichnende haben am 3. Oktober 2014 folgendes Postulat eingereicht:

"Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob Oberstufenschülerinnen und -schüler aus dem östlichen Teil von Dietikon im neu geplanten Schulhaus in Schlieren für einige Jahre aufgenommen werden können.

Begründung:

Es ist bekannt, dass die Suche nach einem geeigneten Standort etwas harzt und man sich mit Eigentümern von möglichen Landparzellen nicht einig werden kann. Auch ist bekannt, dass die stadteigenen Landreserven für ein Schulhaus begrenzt sind sowie die Möglichkeit im SLS-Gebiet zu bauen aufgrund von Einsprachen ebenfalls begrenzt sind.

Damit der Druck vor einer schnellen und unüberlegten Handlung zum Bau eines neuen Schulhauses in Dietikon genommen wird, wäre es dienlich, wenn der Dietiker Stadtrat bzw. der Schulvorstand mit den Behörden von Schlieren Verhandlungen aufnimmt, um zu klären, ob überhaupt die Chance besteht, dass Dietikon sich im neu geplanten Schlieremer Schulhaus im westlichen Teil von Schlieren für einige Jahre einmieten könnte."

Mitunterzeichnende:

Romer Martin	Johannsen Sven	Burri Erich	Peer Manuel
Erni Markus	Florian Alfons	Müller Raphael	Hogg Werner
Joss Ernst	Müller Philipp	Dopler Karin	Wittwer Stephan
Felber Anton	Howald Daniela	Dätwyler Jörg	Lips Konrad
Wyss Tödtli Esther	Lips Werner	Koller Metzler Sven	Müller Martin

Der Gemeinderat hat das Postulat von Rochus Burtscher am 6. Oktober 2014 an den Stadtrat überwiesen, welcher wie folgt Bericht erstattet:

Vorbemerkungen

Am 12. Juni 2014 wurde der Gemeinderat zusammen mit der Schulpflege anlässlich einer Informationsveranstaltung des Stadtrates ausführlich über den Stand der Schulraumplanung sowie über die weiteren geplanten Schritte informiert. Es wurde darüber orientiert, dass das stadteigene Areal Stierenmatt als letzte Variante für ein Schulhaus im Limmatfeld weiterverfolgt werde. Solange die kantonale Moorschutzverordnung nicht rechtskräftig vorliegt, besteht im Gebiet SLS nach wie vor eine gewisse Planungsunsicherheit. Dies erschwert eine verlässliche Terminplanung für den Bau eines Primarschulhauses im Limmatfeld. Als Übergangslösung hat die Stadt Provisorien auf der Schulanlage Steinmürli geplant. Aufgrund der Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen ist bereits ab Schuljahr 2016/17 der dringende Bedarf dafür ausgewiesen.

Mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Gemeinderat Reto Siegrist (CVP) vom 11. Dezember 2014 hat der Stadtrat im Detail aufgelistet, wie viele neue Klassen in den nächsten Jahren in Dietikon eröffnet werden müssen. Für das Schuljahr 2015/16 werden drei neue Klassen in den bestehenden Schuleinheiten eröffnet. Da noch kein zusätzlicher Schulraum zur Verfügung steht, bleibt nur der Weg über eine fortschreitende Verdichtung. Der bereits in der Studie von Wüest & Partner 2011/12 festgestellte Mangel an Schulraum hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Die Schule Dietikon bewegt sich stetig weiter weg von den Empfehlungen über den notwendigen Schulraum. Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben wird dadurch schwieriger, der Mangel an Gruppen-

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

räumen akuter, da Fachlehrerzimmer aufgelöst werden müssen. Die Forderung nach Integration mit gleichzeitiger Binnendifferenzierung wird angesichts des fehlenden Schulraumes mit jedem Jahr mehr eingeschränkt. Die Auswirkungen auf die Belastung der Klassen und die Qualität des Unterrichts sind unverkennbar. Mit der Bereitstellung der Provisorien bis spätestens 2017 kann eine Entlastung erreicht werden. Eine Annäherung an die Empfehlungen der Bildungsdirektion des Kantons Zürich wird aber erst erreicht, wenn ein neues Schulhaus bezogen werden kann, die Schuleinheit Wolfsmatt erweitert worden ist und wenn in der Schuleinheit Luberzen die notwendigen Gruppenräume zur Verfügung stehen.

Entlastung durch Verschiebung von Sekundarschüler/innen nach Schlieren

Schon frühzeitig wurde mit der Schlieremer Schulpräsidentin, Dr. Bea Krebs, das Gespräch über eine mögliche temporäre Miete von Klassenzimmern gesucht. Schon damals gab es eine abschlägige Rückmeldung. Wie vom Postulanten gewünscht, wurde die postulierte Verschiebung von Sekundarschüler/innen respektive einzelnen oder mehreren Sekundarklassen in die neu erstellte Schulanlage Reitmen in Schlieren ein zweites Mal mit der hierfür zuständigen Schulpräsidentin eingehend besprochen. Es stellt sich die Frage der Querversetzung von einzelnen oder mehreren Schüler/innen oder von einzelnen oder mehreren Klassen.

Querversetzung von einzelnen Schüler/innen

Eine Querversetzung ist grundsätzlich möglich. Gestützt auf § 11 Abs. 1 des Volksschulgesetzes (VSG) und § 11 der Volksschulverordnung (VSV) empfiehlt die Bildungsdirektion die Verrechnung eines Schulgeldes im Umfang von Fr. 14'000.00 pro Schüler/in. Bei einer Verschiebung von 21 Schüler/innen, die voll und mitsamt den sonderpädagogischen Massnahmen in die Verantwortung der Schule Schlieren übergangen, würden Kosten in der Höhe von Fr. 294'000.00 pro Schuljahr anfallen. Ob eine Verschiebung von Sek. A-, B- oder C-Schüler/innen eine tatsächliche Entlastung bringen würde, kann vom heutigen Standpunkt aus betrachtet schwer abgeschätzt werden, zumal eine allenfalls wegfallende Parallelklasse, z.B. auf der Sekundarstufe, Synergien einschränken würde, was vor allem im Wahlfachbereich durch eine eingeschränkte Flexibilität zu tieferen Klassenzahlen und damit zu weiteren Mehrkosten führen könnte. Es ist zudem fraglich, ob eine Querversetzung von ausgewählten Schüler/innen tatsächlich zu einer Reduktion der Anzahl Klassen führen würde, ganz abgesehen von der Frage, welche Schüler/innen aus den Klassen herausgelöst und nach Schlieren verschoben werden sollen.

Einmietung von Klassen im neuen Schlieremer Schulhaus Reitmen

Mit Schlieren wurde, wie bereits erwähnt, Kontakt aufgenommen und Fragen nach einer möglichen Einmietung respektive Verschiebung von einzelnen oder mehreren Klassen erörtert. Die Stadt Schlieren meldet zurück, dass für die Schule Dietikon auf der Sekundarschulstufe im neu erstellen Schulhaus Reitmen kein Schulraum zur Verfügung stehe. Die für die Sekundarschule vorgesehenen Schulzimmer mit den entsprechenden, für diese Stufe erforderlichen Nebenräumen, werden für die eigenen Klassen benötigt und stehen nicht zur Verfügung. Es erübrigt sich angesichts dieser Tatsache, die mit einer Verschiebung von mehreren Klassen verbundenen Fragestellung der Zuständigkeit der Schulleitung, des Schulpsychologischen Dienstes, der Schulsozialarbeit, der Behörde, der integrativen Sonderschulungen usw. zu erörtern. Nur so viel hält Schlieren fest: Ein Einmieten der Schule Dietikon in die bestehende Schulhausstruktur und -kultur mit parallelen Strukturen sei nicht denkbar. Schlieren legt Wert auf die Feststellung, dass nach einer langen Zeit von Provisorien und Kompromissen die Chance wahrgenommen werden soll, mit dem Neubau Reitmen die Strukturen zu vereinfachen, keinesfalls zu erschweren.

Diskussion

Rochus Burtscher (SVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung seines Postulates. Inhaltlich zeigt er sich aber sehr enttäuscht darüber, dass der Schlieremer Stadtrat keine Hand für Nachbarn in Not

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

bietet. Er ist überzeugt, wäre Schlieren in derselben schwierigen Situation, würde Dietikon versuchen, ihrem Nachbarn zu helfen.

Er betont, dass dieses Problem nicht von der Stadt Schlieren verursacht wurde, sondern dass es sich um ein hausgemachtes Problem handelt. Das Mietschulhaus im Limmatfeld wäre die optimale und günstigste Lösung für Dietikons Wachstum gewesen. Der Souverän hat diese Vorlage jedoch abgelehnt und dieser Entscheid ist zu akzeptieren. Dass die Verantwortung bei der Schule als Bestellerin liegt, weist er zurück. Die Verantwortung liegt bei der Hochbauabteilung. Diese hätte dafür gerade stehen und erklären sollen, weshalb kein Plan B existiert. Da die Vorsteherin aus den Reihen der SP stammt, hätte sie doch zumindest ihre eigene Basis darauf hinweisen müssen, dass keine Alternative vorhanden ist. Es fragt sich, ob man dieses Manöver bewusst genutzt hat, um die bürgerliche Seite zu schwächen. Die Nein-Parole zum Mietschulhaus hat nur Verlierer produziert, was vor allem die Schülerinnen und Schüler aus dem Limmatfeld betrifft.

In der Antwort zum Postulat wurden aber auch Fragen beantwortet, welche niemals gestellt wurden. Es ging nie um Querversetzungen, sondern um 2 - 3 Klassen à 20 Schülerinnen und Schülern, was einem Total von 60 Schülerinnen und Schülern entspricht. Das heisst, dass diese zwar im neuen Schulhaus Reitmen in die Schule gingen, aber sämtliche Kosten wie Löhne für die Lehrkräfte und für das Schulmaterial direkt von Dietikon bezahlt würden. Für die Benutzung der Infrastruktur wäre eine auszumachende Summe als Miete zu bezahlen gewesen. So hätten Dietikon Luft bekommen, um den versäumten Plan B der Hochbauabteilung umzusetzen.

Wenn es allerdings für die Schlieremer Behörde nicht einmal möglich wäre, 2 - 3 Klassen zusätzlich aufzunehmen, dann hat Schlieren vermutlich einen mittelgrossen bis grossen Bauplanungsfehler begangen. Auch Schlieren ist im Wachstum und wird mehr Schülerinnen und Schüler erhalten. Wenn es in Schlieren nur darum ging, die eignen dauerhaften Provisorien aufzuheben und diese ins Schulhaus Reitmen zu integrieren, hätten man noch mehr Schulraum planen müssen. Falls der Bau nicht mit dem vorgelegten Kreditrahmen erstellt werden konnte, wird die Anlage vielleicht mit einem gebundenen Kredit erweitert, über welchen das Schlieremer Volk nicht mehr bestimmen kann.

In Dietikon müssen jetzt teure Pavillons mit acht Schulzimmern beim Schulhaus Steinmürli erstellt werden, mit Kosten in der Höhe von voraussichtlich 5.7 Mio. Franken. Leider erfolgte vor dem Presseartikel keine Information zu Händen des Gemeinderates. Bei einem Investitionsvolumen in der Höhe von 5.7 Mio. Franken sind die Folgekosten nicht mit eingerechnet. Im Abstimmungskampf zum Mietschulhaus hatte Lucas Neff gesagt, er könne schnell und günstig Pavillons bereitstellen. Zudem erklärte Max Wiederkehr, dass bei einem Nein zur Vorlage vermutlich Container auf Pausenplätzen aufgestellt werden. Genau dies will die CVP jetzt nicht.

Die erwähnte Pavillon-Lösung soll auf eine Nutzungsdauer von 20 Jahren ausgelegt werden. Dabei handelt es sich nicht um ein Provisorium sondern ein Providurium. Lucas Neff erklärte im Oktober 2012, dass man nach einer Mietdauer von 30 Jahren kein Eigentum besässe; als Bauherrin hingegen besässe man jedoch ein Schulhaus. Im heutigen Zeitpunkt verfügt die Stadt Dietikon weder über das eine noch das andere. Kommt es zu einer Pavillon-Lösung, stehen in Dietikon nach 20 Jahren veraltete Pavillons, die niemand mehr will. Lucas Neff erklärte, dass ein Provisorium nur eine ökonomische Berechtigung hat, wenn die Nutzungsdauer mindestens 30 Jahre beträgt.

Mit der Ablehnung des Mietschulhauses kommt jede Lösung viel teurer als jemals angedacht.

Drei Gemeinderäte haben an der letzten Gemeinderatssitzung versucht, mit der Überbauung "Idee Schöneegg" zu überzeugen. Auch dort könnte es wieder um ein Mietobjekt handeln, nur etwas weniger offensichtlich. Die Initianten erklären, dass es sich bei der Baute nicht um ein reines Schulhaus handelt, sondern lediglich eine Zwischenlösung, um dem Schulraumproblem entgegen zu wirken. Somit ist man wieder bei der Miete angelangt.

17. Sitzung vom 2. Juli 2015

Mit dem Mietschulhaus im Limmatfeld sowie mit der Auslagerung von temporären Klassen nach Schlieren wurden zahlbare Chancen vergeben und durch eine noch viel teurere Lösung ersetzt. Die künftige Hoffnung auf eine Lösung des Problems liegt im Niderfeld. Dies muss nun schnellstens vorangetrieben werden, vielleicht sind dann auch die Pavillons beim Steinmürli überflüssig bzw. hinfällig.

Lucas Neff (Grüne) bemerkt, dass die Antwort des Stadtrates auf das Postulat leider sehr klar ist. Sie bietet nicht gross Diskussionsinhalt. Schlieren hat keinen Platz, Schlieren will Dietikon nicht. Die Grünen danken Rochus Burtscher für die Einreichung des Postulates. Gemeinderäte müssen zusammenarbeiten. Alle Ideen müssen auf den Tisch gebracht werden. Man hat auch eine Zwischenlösung mit den Nachbarn gesucht - leider hat das nicht gefruchtet.

Die Grünen stellen fest, dass in letzter Zeit der Hochbauvorsteherin der "schwarze Peter" aus dem Stadtrat zugeschoben wird. Die Antwort von Rochus Burtscher ist nicht angebracht. Der ökonomische Unsinn eines Mietschulhauses ist nicht der Hochbauabteilung zuzuschreiben, sondern der Finanzabteilung. Der strategische Teil ist nicht Aufgabe der Hochbauabteilung. Das Mietschulhaus war ein Antrag der Gesamtbehörde und wurde gemeinsam getragen.

Esther Sonderegger-Stadler (SP) fand das Postulat eine gute Idee. Sie hat sich aber über das Votum von Rochus Burtscher geärgert. In Bezug auf die Schuldzuweisung verweist sie auf die Abläufe für die Planung. Die Schule gibt den Auftrag, dabei ist das Planungsamt für die Planung zuständig. Lediglich die Ausführung liegt bei der Hochbauabteilung.

Zwischen 1998 und 2010 hat Ester Sonderegger als Schulpflegerin zwei Schulraumplanungen begleitet. Beim Schulhaus im Limmatfeld hat die Schulpflege dem Stadtrat beantragt, Land zu erwerben, um ein Schulhaus zu bauen, was jedoch durch diesen aufgrund der Kosten abgelehnt wurde. Es gab mehrere Varianten, welche hätten realisiert werden können. Man hat dann begonnen, das Schulhaus Steinmürli zu erweitern. Jetzt steht man vor einem Scherbenhaufen. Im Limmatfeld hat es kein Land mehr. Hätte man damals auf die Schulpflege gehört, wäre die Situation jetzt besser.

Martin Müller (DP) erklärt, dass es sich beim Entscheid gegen das Mietschulhaus im Limmatfeld um einen demokratischen Entscheid des Souveräns handelte. Martin Müller hat sich dazu verleiten lassen, das Postulat zu unterschreiben. Wäre die Antwort so zu erwarten gewesen, hätte man das Geld und die Zeit dafür sparen können.

Peter M. Wettler (parteilos) erklärt, dass vor drei Jahren über das Mietschulhaus abgestimmt wurde. Es ging drei Jahre, bis man in der Zeitung lesen konnte, dass man nun neben dem Werkhof bauen will. Der Presse war zu entnehmen, dass "birdlife" und "pro natura" mit dem Bau eines neuen Schulhauses beim Werkhof einverstanden seien. Plötzlich heisst es, dass dies gar nicht stimme. Das mutet komisch an. Peter M. Wettler hat schon vor der Abstimmung zum Mietschulhaus gesagt, dass das Areal Baltenschwiler frei wäre, um dort ein Schulhaus zu bauen, sofern der Stadtrat bereit wäre, Land abzutauschen. Der Stadtrat hatte dafür aber kein Gehör. Jetzt ist man gleich weit wie vorher. Es ist davon auszugehen, dass es zu einem Rekurs gegen das Schulhaus beim Werkhof kommt, falls man da tatsächlich ein Schulhaus bauen will.

Stadtpräsident Otto Müller betont, dass das Votum von Peter M. Wettler nicht der Wahrheit entspricht. Es wurden verschiedene Standorte evaluiert. Betreffend des Standortes Baltenschwiler führte der Stadtrat verschiedene Gespräche mit der Eigentümerschaft. Die Stadt hat Land im Niderfeld angeboten. Letztendlich hat die Eigentümerschaft eine unternehmerische Entscheidung getroffen, das Land nicht der Stadt zu verkaufen. Diesen Entscheidung musste der Stadtrat akzeptieren.

GEMEINDERAT DIETIKON

Cécile Mounoud
Präsidentin

Philipp Meier
Sekretär-Stv.

Nadine Burtscher
Stimmzählerin

Rosmarie Joss
Stimmzählerin

Catalina Wolf-Miranda
Stimmzählerin